



Newsletter

Datum 17.06.2011
Sperrfrist 17.06.2011, 09.00 Uhr

Nr. 3/11

INHALTSÜBERSICHT/ CONTENU/ CONTENUTO

1. HAUPTARTIKEL/ ARTICLE PRINCIPALE/ ARTICOLO PRINCIPALE

Teure Schweizer Hörgeräteversorgung: Systemwechsel muss zu Preissenkungen führen
Cherté d'acquisition d'un appareil acoustique en Suisse : le changement de système doit se traduire par des baisses de prix
Apparecchi acustici: il cambio di sistema deve portare a una riduzione dei prezzi

2. KURZMELDUNGEN/ BREFS/ IN BREVE

- Empfehlungen der Preisüberwachung zu den stationären Spitaltarifen 2011 und zum Tarmed-Taxpunktwert 2010 der öffentlich subventionierten Spitäler des Kantons Bern
- Empfehlung der Preisüberwachung zum stationären Spitaltarif ab 1. Juli 2009 der Schulthess Klinik in Zürich zu Lasten der Eidg. Sozialversicherer (UV/IV/MV)
- Swissgrid: ElCom folgte der Empfehlung des Preisüberwachers teilweise
- Kabelkanalisationen Swisscom: Entscheid Bundesverwaltungsgericht vom 8. April 2011
- Reduzierte Preiserhöhung der Dauerparkkarte für Mitarbeitende der Flughafen Zürich AG
- Teuerungsanpassung bei Dienstleistungen des Polizeiinspektorats Bern

3. VERANSTALTUNGEN/ HINWEISE

-



1. HAUPTARTIKEL/ ARTICLE PRINCIPALE/ ARTICOLO PRINCIPALE

Teure Schweizer Hörgeräteversorgung: Systemwechsel muss zu Preissenkungen führen

Die Hörgeräteversorgung in der Schweiz ist im internationalen Vergleich sehr teuer. Dies bestätigt ein aktueller Preisvergleich des Preisüberwachers¹. Es besteht deshalb Handlungsbedarf. Ob der per Anfang Juli 2011 beschlossene Systemwechsel mit der Ausrichtung von Pauschalvergütungen an die Hörgeschädigten zielführend ist, ist allerdings fraglich. Der Preisüberwacher regt an, mit Blick auf positive internationale Erfahrungen mittelfristig eine staatliche Beschaffung in einem wettbewerblichen Ausschreibungsverfahren ins Auge zu fassen.

Fehlanreize im bestehenden System

Nach dem aktuellen System werden an Hörgeschädigte von den Sozialversicherern² je nach Schwere der Hörbehinderung³ abgestufte Beiträge ausgerichtet. Dabei wird jeweils unterschieden zwischen einer Gerätekompente sowie einer Dienstleistungspauschale für die Anpassung im Akustikerbetrieb. Beide Beiträge werden an die Akustikerin bzw. den Akustiker ausbezahlt. Das Bundesamt für Sozialversicherung (BSV) als Vertreterin der IV und AHV wird per 1. Juli 2011 eine einheitliche Pauschale für Gerät und Dienstleistung einführen, welche in den meisten Fällen neu direkt an die Versicherten ausgerichtet wird. Diese Änderung bezweckt, dass Hörgeschädigte Art und Qualität der Versorgung frei wählen können, wovon vermutlich auch die alternativen Vertriebswege über Apotheken, Drogerien und Optiker profitieren dürften. Weiterhin zur Anwendung kommt das bisherige System bei Versicherten, welche über die Unfallversicherung oder die Militärversicherung finanzierte Geräte beziehen und für alle Versicherten unter 18 Jahren.

Die Zuzahlungen der Hörgeschädigten, welche zu den Leistungen der Sozialversicherer hinzukommen, sind bei Hörgeräten im aktuellen System beachtlich und werden es wohl auch im zukünftigen Finanzierungssystem bleiben. AHV-Versorgungen sehen auch weiterhin lediglich eine 75%-ige Kostenübernahme vor. Durch eine andere Ausführung oder ein teureres Modell verursachte *zusätzliche* Kosten müssen ungeachtet der zuständigen Versicherung alle Hörgeschädigten selbst tragen. Das BSV schätzt, dass im Jahr 2008 IV- und AHV-(teil)finanzierte Geräte im Wert von rund 111 Mio. Franken durch Akustikergeschäfte verkauft worden sind (BSV-interne, unveröffentlichte Auswertung). Zieht man die 41 Mio. Franken ab, welche AHV und IV 2008 zusammen für Hörgeräte vergüteten, ergäbe dies für 2008 Zuzahlungen der Hörgeschädigten (allein für Geräte) in Höhe von rund 70 Mio. Franken.

Der Preisüberwachung wurde von Herstellern mitgeteilt, dass Akustiker kaum den Listenpreis bezahlen. Für die *zuzahlungsfreien Geräte* 2009 wurden von Herstellern durchschnittliche Rabatte von 25 bis über 50% auf den Listenverkaufspreisen der aufgeführten Gerätemodelle genannt. Das Sekretariat der Wettbewerbskommission⁴ ermittelte für das Jahr 2009 für *alle Geräte* einen durchschnittlichen Rabatt auf den Listenpreisen der Hörgerätehersteller gegenüber den Akustikern zwischen 40 bis 50%. Die Wettbewerbskommission hat festgestellt, dass im Untersuchungszeitraum 2006 bis 2009 die Preisempfehlungen der Hersteller grossmehrheitlich von den Akustikerbetrieben befolgt worden sind, und den Endkunden also diese Listenpreise verrechnet wurden. Die hohen Einkaufsrabatte wurden mit anderen Worten von Akustikern kaum weitergegeben, wodurch eine zusätzliche, nicht vorgesehe-

¹ Der vollständige Bericht, kann auf unserer Website unter folgendem Pfad heruntergeladen werden: www.preisueberwacher.admin.ch / Dokumentation / Publikationen / Studien & Analysen / 2011.

² Invalidenversicherung (IV), Alters- und Hinterbliebenenversicherung (AHV), Versicherer gemäss Bundesgesetz über die Unfallversicherung (UV) sowie Militärversicherung (MV).

³ Indikationsstufen genannt.

⁴ Wettbewerbskommission WEKO (2011): Zwischenbericht in Sachen Vorabklärung gemäss Art. 26 KG betreffend 22-0387 Markt für Hörgeräte wegen allenfalls unzulässiger Wettbewerbsabrede gemäss Art. 5 KG, 17. Februar 2011, publiziert auf: http://www.weko.admin.ch/index.html?lang=fr&download=NHZLpZeg7t,lnp6l0NTU042l2Z6ln1ae2lZn4Z2qZpnO2Yug2Z6gpJCDdIB_fgYm162epYbg2c_JkKbNoKSn6A.



ne Marge generiert werden konnte. Diese zusätzliche Marge geht zu Lasten der Versicherungen resp. bei Zuzahlungen auch des Endkunden.

Fehlanreize des bisherigen Systems äussern sich auch darin, dass die Sozialversicherungen anhand des Preises und nicht aufgrund der Funktionalität bestimmen, in welche Indikationsstufe ein Hörgerät eingeteilt wird. Daran gekoppelt ist die Dienstleistungspauschale des Akustikers. Diese ist höher, wenn ein Gerät einer höheren Indikationsstufe verkauft wird, obwohl ein direkter Zusammenhang zwischen Ausmass der Hörschädigung und Aufwand des Akustikers sehr umstritten ist. Damit zahlen sich hohe Gerätepreise doppelt für einen Akustikerbetrieb aus. Einerseits steigen bei prozentualer Anbindung an den Listenpreis die Rabatte mit dem Preis, zweitens sind auch die regulären Dienstleistungspauschalen höher. Problematisch wird dieser Umstand, weil es sich bei Hörgeräten um Vertrauensgüter handelt. Der hörgeschädigte Kunde kann weder vor noch nach dem Kauf des Geräts dessen Wert überprüfen, sondern muss sich auf den Akustiker als Experten verlassen. Diese Konstellation ermöglicht es Akustikern, das Kaufverhalten zu Gunsten hochpreisiger Modelle zu beeinflussen. Dieser letztgenannte Fehlanreiz lässt sich wohl auch mit dem neuen System nicht vollständig beheben, da die Informationsasymmetrie zwischen Kunde und Verkäufer bestehen bleibt, was auch künftig gegen einen funktionierenden Markt spricht.

Preishöhe im internationalen Vergleich

Zusätzlich zur Analyse der Rabattpolitik in der Schweiz wurden von der Preisüberwachung die Hörgerätepreise in ausgewählten Vergleichsländern erhoben. Die Hardware, also das Hörgerät an sich, ist ein handelbares Gut. Die Kosten für ein identisches Gerät *ohne* Dienstleistungspauschale müssten deshalb weltweit vergleichbar sein. Nur wenige Hersteller haben im Rahmen dieser Untersuchung ausländische Preisdaten zur Verfügung gestellt. Die Preisüberwachung hat deshalb direkt bei Ländern mit staatlichem Einkaufssystem Vergleichspreise angefragt. Aus Norwegen, den USA und Grossbritannien verfügt die Preisüberwachung über die vollständigen Preislisten gegenüber den staatlichen Einkaufsstellen. Diese wurden mit den Listenpreisen in der Schweiz verglichen. Weil Listenpreise in den letzten Jahren trotz erheblicher Herstellerrabatte grossmehrheitlich von den Akustikerbetrieben weiterverrechnet worden sind, können sie als Endkundenpreise interpretiert werden. Nachfolgend sind deshalb die Preisrelationen zwischen den Listenpreisen in der Schweiz (=100%) und den mittels Ausschreibungen durch das U.S. Department of Veterans Affairs (Abk.: VA) sowie das norwegische Arbeits- og velfretdirektoratet (Abk.: NAV) beschafften Hörgeräten abgebildet.⁵ Gesamthaft liessen sich so 102 (VA) bzw. 94 (NAV) Modelle in der Schweiz gelisteten Gerätemodellen zuordnen. Diese Preisverhältnisse wurden getrennt nach der Indikationsstufe der jeweiligen Gerätemodelle in der Schweiz dargestellt. Indikationsstufe 4 steht dabei für die hochpreisigen Geräte, welche für alle Hörgeschädigten automatisch zuzahlungspflichtig sind und mit einem geschätzten Anteil von 40% aller verkauften Geräte stark nachgefragt werden. Die besonders bei teuren Geräten grossen Preisunterschiede in der Schweiz lassen sich aus Sicht der Preisüberwachung kaum mit unterschiedlichen Vertriebskosten oder Zulassungsvorgaben erklären.

⁵ Für den Preisvergleich zwischen der Schweiz und korrespondierenden Gerätemodellen für den National Health Service in Grossbritannien vgl. den hiervor zitierten vollständigen Bericht.

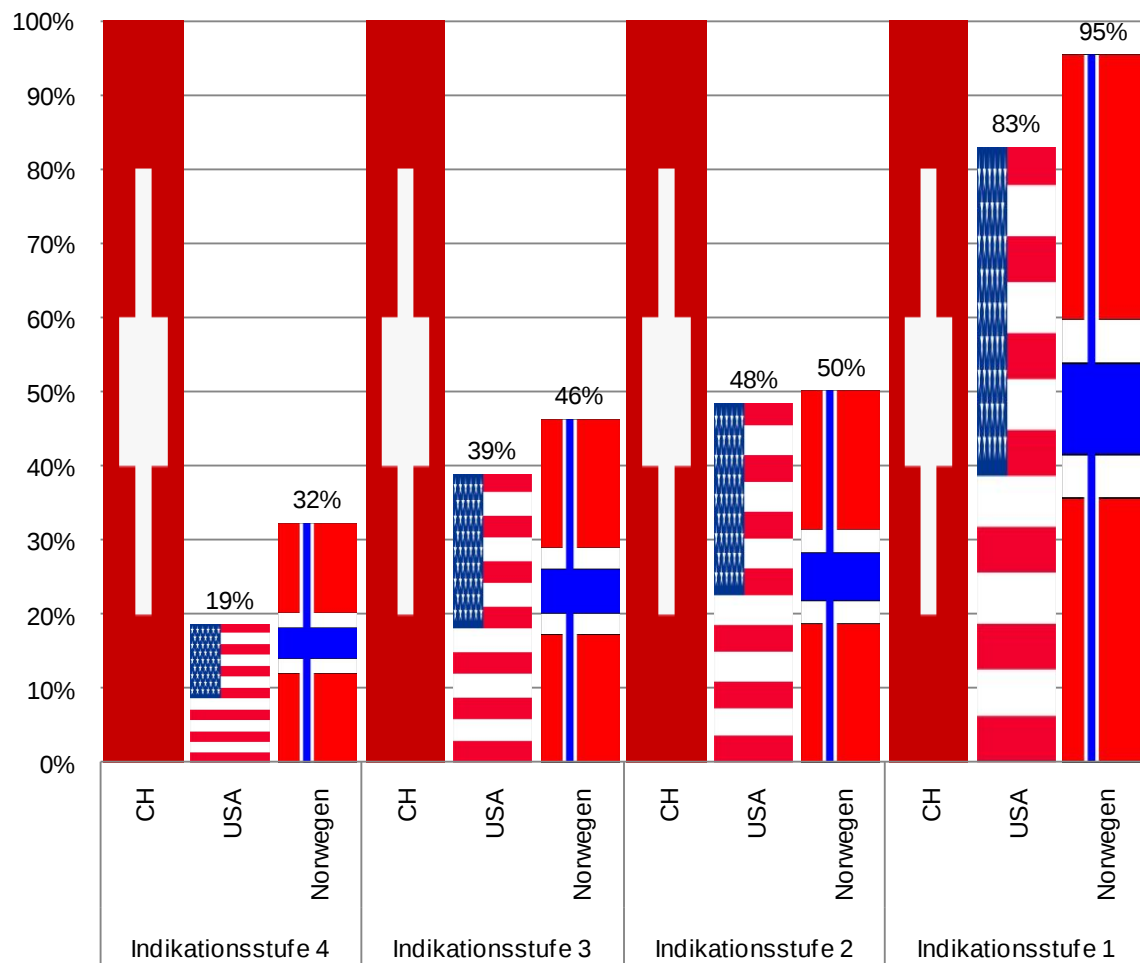


Abbildung: Preisniveaus (ohne Mengengewichtung) staatlicher Einkaufsstellen in den USA und Norwegen (VA und NAV) im Vergleich zu Schweizer Listenpreisen der jeweiligen Gerätemodelle (Preisniveau Schweiz = 100%)

Lesebeispiel: Teure Geräte, welche in der Schweiz 2010 in Indikationsstufe 4 aufgeführt waren, wurden in den USA vom U.S. Dep. of Veterans Affairs zu durchschnittlich 19% und in Norwegen vom NAV zu 32% des Schweizer Listenpreises eingekauft. Diese höheren Preise in der Schweiz können einerseits durch möglicherweise höhere Abgabepreise der Hersteller oder andererseits durch einbehaltenen Rabatte der Akustiker erklärt werden.

Angesichts der im Ausland deutlich tieferen Gerätepreise ist Handlungsbedarf gegeben. Ein sorgfältiges Monitoring wird zeigen müssen, ob mit den Pauschalbeiträgen an die Hörgeschädigten ab Mitte 2011 sämtliche Ziele des Systemwechsels erreicht werden. Nebst den erwarteten Einsparungen für die Sozialversicherungen werden namentlich die Förderung des Wettbewerbs in der Hörgeräte-Versorgung und tiefere Preise als Vorteile des neuen Systems genannt. Sollte sich die vom BSV erhoffte Stärkung des Wettbewerbs nicht in Form stark reduzierter Preisunterschiede zu staatlichen Beschaffungssystemen im Ausland manifestieren, ist aus Sicht der Preisüberwachung eine staatliche Ausschreibung, wie sie etwa in Norwegen praktiziert wird, in Bälde erneut zu prüfen.

[Stefan Meierhans, Stephanie Fankhauser]

Zusätzliche Auskünfte:

Stefan Meierhans, Preisüberwacher, Tel. 031 322 21 02

Stephanie Fankhauser, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Tel. 031 322 20 77



Cherté d'acquisition d'un appareil acoustique en Suisse : le changement de système doit se traduire par des baisses de prix

L'achat d'un appareil acoustique en Suisse revient très cher en comparaison internationale. C'est ce qui ressort d'une comparaison tarifaire récente effectuée par le Surveillant des prix⁶. Des mesures s'imposent. Il n'est toutefois pas certain que le changement de système intervenant début juillet 2011, à savoir le remboursement forfaitaire aux malentendants, atteindra son but. Le Surveillant des prix suggère, compte tenu des expériences positives réalisées sur le plan international, d'examiner à courte échéance l'option d'une fourniture étatique des appareillages dans le cadre d'une procédure d'appel d'offres faisant jouer la concurrence.

Effets pervers du système actuel

Dans le système actuel, les assureurs sociaux⁷ versent aux malentendants des contributions différenciées en fonction de leur handicap⁸. Une distinction est faite entre l'appareil lui-même et le forfait de prestations couvrant l'adaptation par les audioprothésistes. Ces deux contributions sont versées à l'audioprothésiste. En sa qualité de représentant de l'AI et de l'AVS, l'Office fédéral des assurances sociales (OFAS) va introduire au 1^{er} juillet 2011 un forfait unique concernant les appareils et les prestations qui, dans la majorité des cas, sera versé directement aux assurés. Cette modification doit offrir aux malentendants une certaine latitude dans le choix de leur appareillage (modèle, qualité), ce dont devraient bénéficier les canaux de distribution alternatifs tels que les pharmacies, les drogueries et les opticiens. Le système actuel reste en vigueur pour les assurés dont l'appareil acoustique est financé par l'assurance-accidents ou l'assurance militaire, ainsi que pour les assurés âgés de moins de 18 ans.

La participation des malentendants aux coûts, qui complète les prestations de l'assureur social, est importante dans le système actuel, et elle le restera dans le contexte du futur système de financement, la prise en charge par l'AVS restant plafonnée à seulement 75 %. Tous les malentendants devront assumer eux-mêmes, quelle que soit l'assurance compétente, les coûts supplémentaires liés à l'acquisition d'un modèle différent ou plus cher. L'OFAS estime à quelque 111 millions de francs le montant des appareils vendus en 2008 par les audioprothésistes et bénéficiant d'une prise en charge (partielle) par l'AI et l'AVS (évaluation interne à l'OFAS, non publiée). Déduction faite des 41 millions de francs remboursés conjointement par l'AVS et l'AI en 2008 pour les appareils acoustiques, la participation des malentendants au seul titre de l'acquisition de leur appareillage s'est élevée à environ 70 millions de francs en 2008.

Des fabricants ont informé la Surveillance des prix que les audioprothésistes payaient à peine le prix catalogue. En 2009, pour les *appareils non soumis à un supplément de prix*, les fabricants ont proposé des rabais moyens de 25 à 50 % sur les prix catalogue. Le Secrétariat de la Commission de la concurrence a évalué⁹ pour l'année 2009, *tous appareils confondus*, que le rabais moyen consenti aux audioprothésistes par les fabricants d'appareils acoustiques représentait entre 40 et 50 % des prix catalogue. Par ailleurs, la Commission de la concurrence a constaté que, durant la période sous revue (2006 à 2009), les recommandations de prix des fabricants ont été majoritairement suivies par les

⁶ Le rapport complet peut être consulté sur notre site internet www.monsieur-prix.admin.ch (Documentation – Publications – Etudes et analyses – 2011).

⁷ Assurance-invalidité (AI), assurance-vieillesse et survivants (AVS), assureurs selon la loi fédérale sur l'assurance accidents (AA) et assurance militaire (AM).

⁸ Ou « niveaux d'indication » en jargon technique.

⁹ Commission de la concurrence COMCO (2011) : Rapport intermédiaire du 17 février 2011 sur l'enquête préalable 22-0387 au sens de l'art. 26 LCart portant sur le marché des appareils acoustiques et un éventuel accord illicite au titre de l'art. 5 LCart, publié (en allemand uniquement) à l'adresse : http://www.weko.admin.ch/index.html?lang=fr&download=NHZLpZeg7t.Inp6l0NTU042l2Z6ln1ae2lZn4Z2qZpnO2Yug2Z26gpJCDdIB_fGym162epYbg2c_JlKbNoKSn6A.



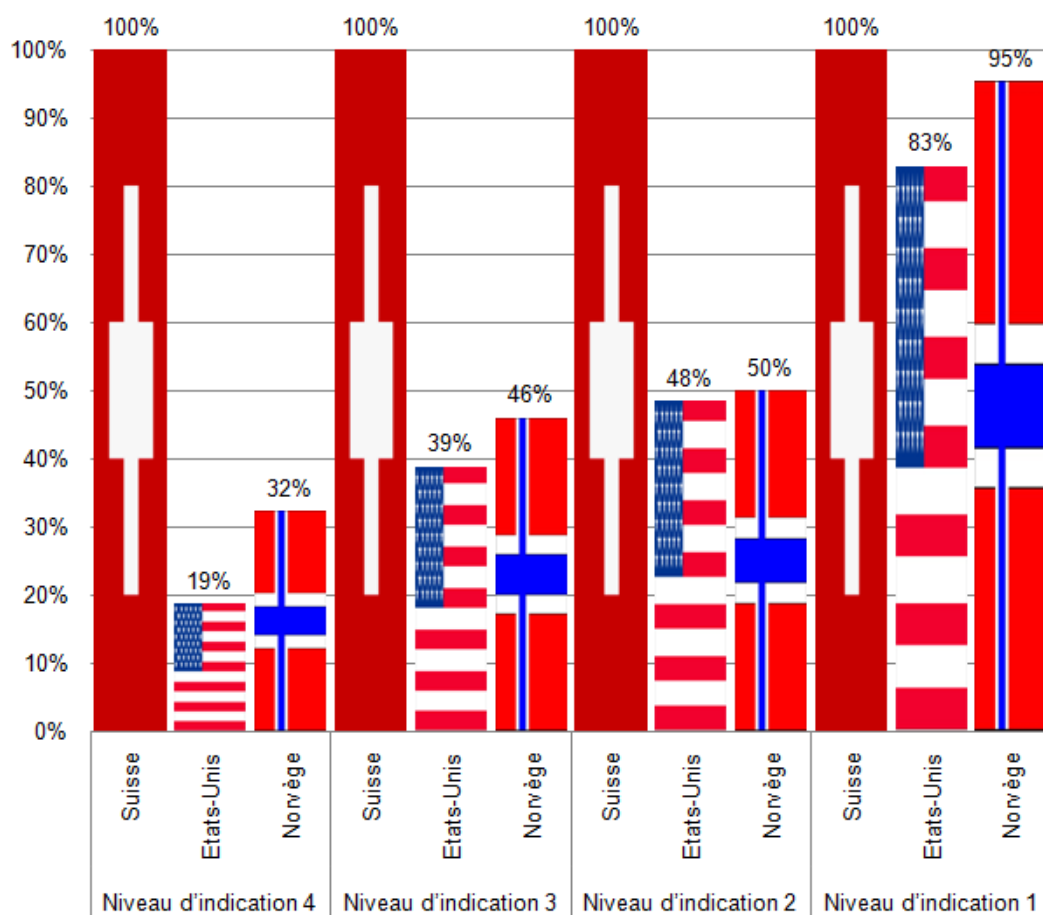
audioprothésistes et donc que les prix catalogue ont bien été facturés aux clients finaux. En d'autres termes, les remises élevées consenties aux audioprothésistes à l'achat n'ont guère été répercutées, ce qui a permis à ceux-ci de dégager une marge supplémentaire imprévue, au détriment des assurances et des clients finaux.

Le système actuel est également pervers en ce que les assurances sociales décident sur la base du prix – et non pas des fonctions – du niveau d'indication dans lequel un appareil acoustique doit être rangé. Vient se greffer à ce mécanisme le forfait de prestations de l'audioprothésiste qui est plus élevé si l'appareil vendu relève d'un niveau d'indication supérieur, bien que le rapport de causalité directe entre le degré de handicap auditif du client et le travail de l'audioprothésiste soit très contesté. Les revendeurs d'appareils acoustiques sont dès lors doublement gagnants lorsqu'ils vendent des appareils chers. D'une part, la ristourne sur le prix catalogue augmente avec le prix et, d'autre part, les forfaits de prestations traditionnels sont plus élevés. Cette situation est problématique parce que les appareils acoustiques sont des « biens de confiance ». Un malentendant n'a pas la possibilité de contrôler ce que vaut son appareil, ni avant, ni après l'achat et il doit se fier à l'expertise de l'audioprothésiste. Les audioprothésistes ont ainsi tout loisir d'influer sur le comportement d'achat des clients en mettant en avant des modèles plus chers. Cet effet pervers ne disparaîtra pas entièrement avec le nouveau système, car l'asymétrie d'information entre le client et le revendeur demeurera, ce qui continuera d'entraver le bon fonctionnement du marché.

Cherté en comparaison internationale

La Surveillance des prix a examiné, parallèlement à l'analyse de la politique de rabais pratiquée en Suisse, les prix des appareils acoustiques pratiqués dans certains pays de référence. Le matériel, c'est-à-dire l'appareil acoustique lui-même, est un bien commercialisable. Les coûts d'un appareil identique sans le forfait de prestations doivent donc être comparables dans le monde entier. Rares ont été les fabricants à communiquer leurs tarifs étrangers dans le cadre de cette enquête. La Surveillance des prix s'est par conséquent adressée directement aux pays ayant mis en place un système d'acquisition étatique pour connaître les prix de référence. Elle a ainsi obtenu les listes de prix complètes pour la Norvège, les Etats-Unis et la Grande-Bretagne, qui ont été ensuite comparés aux prix suisses. Les prix catalogue ayant, dans une très large mesure, continué d'être facturés ces dernières années par les audioprothésistes en dépit des importants rabais consentis par les fabricants, on peut les considérer comme étant des prix de vente aux consommateurs finaux. C'est la raison pour laquelle les relations de prix entre les prix catalogue en Suisse (=100 %) et les prix des appareils acoustiques acquis dans le cadre d'appels d'offres par le Département américain des anciens combattants (VA) et l'Agence norvégienne de l'emploi (NAV) sont présentées ci-après¹⁰. Au total, 102 modèles proposés aux Etats-Unis (VA) et 94 modèles proposés en Norvège (NAV) ont pu être mis en regard d'appareils proposés en Suisse. Les prix ont ensuite été confrontés aux appareils correspondants en Suisse en fonction du niveau d'indication. Le niveau d'indication 4 concerne les appareils acoustiques chers qui exigent systématiquement un supplément de prix de la part des malentendants et qui sont très demandés (40 % de tous les appareils vendus, selon estimation). Les différences de prix importantes constatées en Suisse, en particulier sur les modèles onéreux, ne sauraient entièrement s'expliquer, de l'avis de la Surveillance des prix, par les différences de coûts de distribution ou les directives d'homologation.

¹⁰ Pour une comparaison des prix en Suisse et en Grande-Bretagne pour des appareils correspondants du système de santé britannique (NHS), voir le rapport complet cité.



Graphique : niveaux de prix (sans pondération quantitative) des services centraux d'achat aux Etats-Unis et en Norvège (VA et NAV) en comparaison des prix catalogue suisses pour les appareils correspondants (niveau de prix en Suisse = 100 %).

Interprétation du graphique: pour les appareils onéreux relevant en Suisse en 2010 du niveau d'indication 4 le prix moyen payé aux Etats-Unis par le VA s'élevait en moyenne à 19 % du prix catalogue suisse et, en Norvège, celui payé par la NAV, à 32 %. Les prix plus élevés en Suisse peuvent s'expliquer soit par des prix de vente peut-être plus élevés des fabricants, soit par la non répercussion des rabais obtenus par les audioprothésistes.

Vu les tarifs nettement plus bas des appareils acoustiques pratiqués à l'étranger, il y a lieu d'agir. Un examen rigoureux devra montrer si les montants forfaitaires versés aux malentendants dès l'été 2011 atteignent tous les objectifs escomptés avec le changement de système. Outre les économies attendues pour les assurances sociales, on cite en particulier comme atouts du nouveau système la promotion de la concurrence dans la fourniture des appareils acoustiques et la baisse des prix. Si le renforcement de la concurrence espéré par l'OFAS ne devait pas gommer sensiblement les différences de prix constatées par rapport aux systèmes d'achat étatique étrangers, la Surveillance des prix estime qu'il faudrait examiner rapidement la pertinence d'un appel d'offres public tel que pratiqué en Norvège.

[Stefan Meierhans, Stephanie Fankhauser]

Informations supplémentaires:

Stefan Meierhans, Surveillant des prix, tél. 031 322 21 02



Apparecchi acustici: il cambio di sistema deve portare a una riduzione dei prezzi

Nel confronto internazionale, in Svizzera gli apparecchi acustici risultano essere molto cari: questo è quanto emerge da un'analisi svolta di recente dal Sorvegliante dei prezzi¹¹, in seguito alla quale si delinea chiara la necessità d'intervento. Tuttavia, non è sicuro che il nuovo sistema - che prevede l'assegnazione di un importo forfettario agli audiolesi e la cui introduzione è prevista per inizio luglio 2011 - porti i frutti sperati. Il Sorvegliante dei prezzi propone di considerare anche la possibilità, a medio termine, di un sistema di approvvigionamento statale mediante gara d'appalto, seguendo il modello di successo di altri Paesi.

Incentivi sbagliati del sistema attuale

Il sistema attuale prevede il versamento alle persone audiolese, da parte delle assicurazioni sociali¹², di importi diversi a seconda della gravità del singolo caso¹³. La cifra si compone di un importo per l'apparecchio vero e proprio e di un importo per la prestazione di adattamento presso il rivenditore di apparecchi acustici, entrambi versati direttamente al rivenditore. Il 1° luglio 2011 l'Ufficio federale delle assicurazioni sociali (UFAS), in qualità di rappresentante dell'AI e dell'AVS, introdurrà un importo forfettario unico per l'apparecchio e il servizio in negozio, che - nella maggior parte dei casi - verrà versato direttamente all'assicurato. Con il cambiamento si intende consentire agli interessati di scegliere liberamente dove acquistare l'apparecchio acustico, creando un vantaggio anche per canali alternativi quali farmacie, drogherie e negozi di ottica. Il sistema attuale rimarrà in vigore per coloro che si avvalgono delle prestazioni dell'assicurazione contro gli infortuni o dell'assicurazione militare e per tutti gli assicurati sotto i 18 anni.

Attualmente, in aggiunta al contributo dell'assicurazione sociale, l'assicurato deve fornire un importo considerevole di tasca propria. La contribuzione dell'assicurato rimarrà anche nel nuovo sistema di rimborso. La partecipazione ai costi dell'AVS continuerà ad essere del 75 per cento. I *costi supplementari* dovuti a un altro modello di apparecchio o a uno più caro continueranno ad essere a carico del paziente, indipendentemente dall'assicurazione competente. L'UFAS stima che nel 2008 i rivenditori di apparecchi acustici abbiano conseguito un fatturato di 111 milioni di franchi per la vendita di apparecchi in parte finanziati dall'AI e dall'AVS (stima UFAS interna, non pubblicata). Se a tale cifra si detraggono i 41 milioni di franchi corrisposti dall'AVS e dall'AI, l'importo supplementare pagato dai pazienti nel 2008 solamente per la fornitura dell'apparecchio è pari a 70 milioni di franchi.

I produttori di apparecchi acustici hanno comunicato al Sorvegliante dei prezzi che per la fornitura i rivenditori pagano un prezzo molto inferiore al prezzo di listino. Per gli *apparecchi per i quali nel 2009 non è stato corrisposto un pagamento supplementare*, i produttori hanno concesso sconti medi dal 25 a oltre il 50 per cento sul prezzo di listino. La Segreteria della Commissione della concorrenza¹⁴ ha rilevato che nel 2009 i produttori di apparecchi acustici hanno praticato ai rivenditori uno sconto medio tra il 40 e il 50 per cento rispetto al prezzo di listino. La Commissione della concorrenza ha inoltre rilevato che tra il 2006 e il 2009 i rivenditori di apparecchi acustici hanno per la maggior parte seguito il prezzo raccomandato dal produttore, fatturando al cliente finale il prezzo di listino. In altre parole, degli

¹¹ Il rapporto può essere scaricato dal seguente sito www.mister-prezzi.admin.ch alla voce Documentazione > Pubblicazioni > Studi & analisi > 2011.

¹² Assicurazione invalidità (AI), assicurazione per la vecchiaia e per i superstiti (AVS), assicuratori conformemente alla legge sull'assicurazione contro gli infortuni (AINF) e assicurazione militare (AM).

¹³ La gravità del singolo caso è denominata livello d'indicazione.

¹⁴ Commissione della concorrenza (ComCo) 2011: *Zwischenbericht in Sachen Vorabklärung gemäss Art. 26 KG betreffend 22-0387 Markt für Hörgeräte wegen allenfalls unzulässiger Wettbewerbsabrede gemäss Art. 5 KG*, 17. Februar 2011, pubblicato al seguente indirizzo (solo in tedesco): http://www.weko.admin.ch/index.html?lang=fr&download=NHZLPZeg7t.Inp6l0NTU042l2Z6ln1ae2lZn4Z2qZpnO2YUq2Z6gpJCDdIB_fGym162epYbq2c_JKbNoKSn6A.



alti sconti praticati dai produttori hanno beneficiato solo i rivenditori, il che contribuisce a creare un ulteriore margine non previsto che va a discapito delle assicurazioni e del cliente finale.

Un altro incentivo sbagliato del sistema attuale è dato dal fatto che le assicurazioni sociali attribuiscono un apparecchio a un determinato livello d'indicazione basandosi non sulla funzionalità dell'apparecchio stesso, bensì sul suo costo. L'importo forfettario per la prestazione presso il rivenditore è direttamente legato a tale cifra e cresce con la vendita di un apparecchio appartenente a un livello d'indicazione più alto, nonostante non sia provato un collegamento diretto fra l'entità dell'ipoacusia e il carico di lavoro del rivenditore. Gli apparecchi acustici, già cari, rendono quindi il doppio poiché con l'aumentare del prezzo di listino crescono sia la percentuale di sconto, sia l'importo forfettario per la prestazione in negozio. Il problema è reso ancora più spinoso dal fatto che nel caso degli apparecchi acustici si tratta di beni il cui valore è difficilmente verificabile da parte del paziente, sia prima sia dopo l'acquisto, e quest'ultimo deve affidarsi totalmente al parere del rivenditore: viene quindi a crearsi una situazione in cui il negoziante è portato a incentivare l'acquisto di un modello più costoso. Quest'ultima situazione, tuttavia, non potrà essere del tutto evitata neppure con il cambiamento di sistema poiché permarrà l'asimmetria tra le conoscenze dello specialista e quelle dell'audioleso, fattore che andrà a inficiare il buon funzionamento del mercato anche in futuro.

Confronto internazionale dei prezzi

Oltre all'analisi degli sconti praticati in Svizzera, il Sorvegliante dei prezzi ha anche effettuato un confronto dei prezzi degli apparecchi acustici con altri Paesi. L'hardware, vale a dire l'apparecchio in sé, è un bene commerciale e per lo stesso apparecchio - costo della prestazione *escluso* - il prezzo dovrebbe essere simile ovunque. Ai fini del sondaggio in questione, solamente pochi rivenditori hanno comunicato il prezzo praticato all'estero per tali apparecchi, ragion per cui il Sorvegliante dei prezzi ha richiesto tale informazione direttamente ai Paesi con un sistema di fornitura statale. Il Sorvegliante dei prezzi ha messo a confronto il listino prezzi per i rivenditori statali di Norvegia, USA e Gran Bretagna con quello svizzero poiché, nonostante gli sconti considerevoli di cui hanno beneficiato, i rivenditori hanno comunque praticato il prezzo raccomandato dal produttore, che può dunque essere considerato il prezzo finale. Di seguito è riportato il rapporto fra i prezzi svizzeri (= 100%) e i prezzi applicati allo *U.S. Department of Veterans Affairs* (VA) e all'*Arbeids- og velfredsdirektoratet* (NAV) in seguito alla gara d'appalto per l'acquisto degli apparecchi acustici¹⁵. Nel complesso, corrispondono a quelli svizzeri 102 modelli statunitensi e 94 modelli norvegesi. Il confronto è riportato in base al livello d'indicazione attribuito in Svizzera alle varie categorie di apparecchi. Il livello d'indicazione 4 comprende i modelli più cari, che comportano per tutti i pazienti un supplemento da pagare di tasca propria e che, con una percentuale di vendita del 40 per cento, rientrano fra i modelli più richiesti. Il Sorvegliante dei prezzi ritiene che le differenze di prezzo riscontrabili in Svizzera, notevoli nel caso degli apparecchi più costosi, non siano riconducibili unicamente a un diverso costo di distribuzione o alle diverse direttive per l'autorizzazione degli apparecchi.

¹⁵ Per un confronto dei prezzi fra gli apparecchi acustici della Svizzera e i corrispondenti modelli dello National Health Service in Gran Bretagna si rimanda al rapporto della Sorveglianza dei prezzi citato precedentemente.

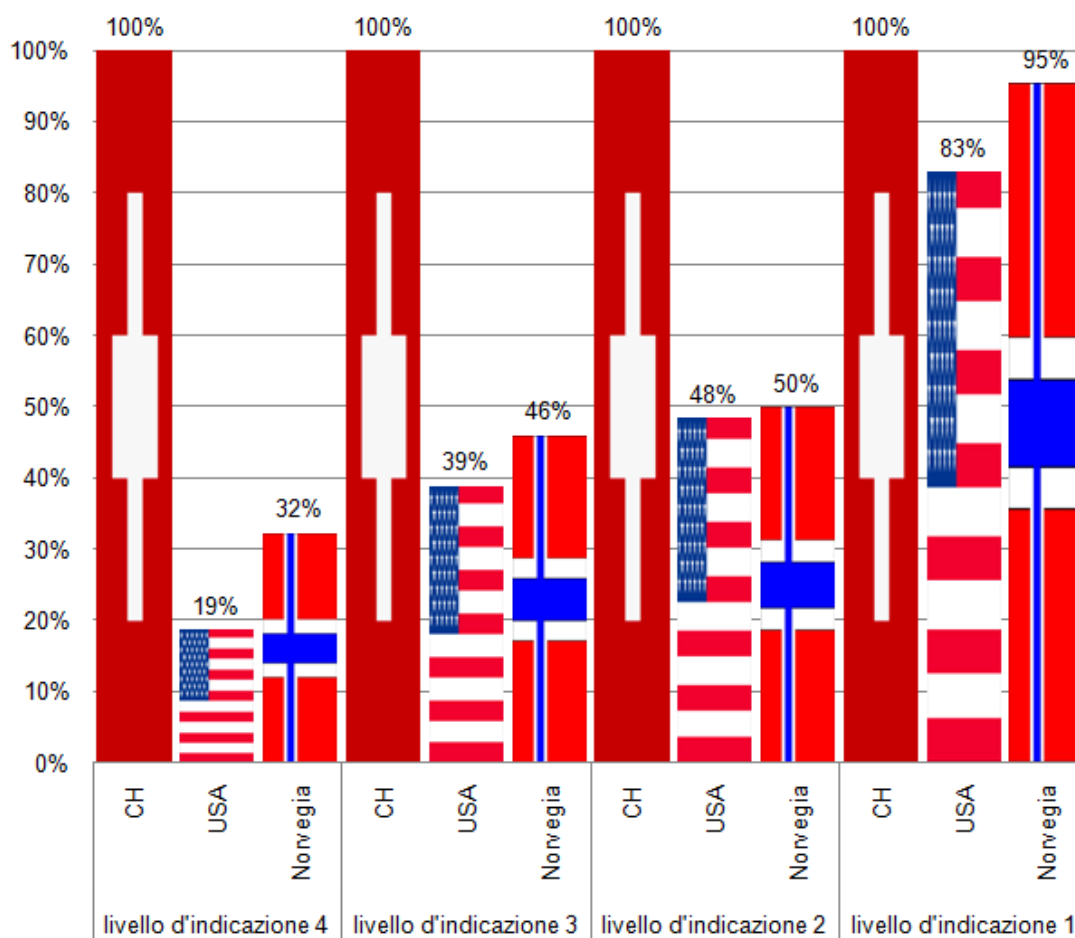


Grafico: prezzo (senza ponderazione in base alla quantità) dei rivenditori statali negli USA e in Norvegia (VA e NAV) rispetto ai prezzi in Svizzera dei vari modelli (prezzo svizzero = 100%).

Chiave di lettura: gli apparecchi più cari, indicati in Svizzera nel 2010 con il livello d'indicazione 4, sono stati acquistati dallo U.S. Dep. of Veterans Affairs (USA) e dall'Arbeids- og velfredsdirektoratet (Norvegia) per un prezzo che corrisponde in media rispettivamente al 19 e al 32 per cento del prezzo di listino svizzero. Il maggiore costo degli apparecchi in Svizzera può essere ricondotto o al prezzo più elevato praticato dal produttore oppure al fatto che i rivenditori non facciano beneficiare anche l'audiolese dello sconto ottenuto.

I prezzi esteri sensibilmente inferiori rendono chiara la necessità d'intervento. Un monitoraggio approfondito permetterà di chiarire se il versamento di un importo forfettario alle persone audiolese, previsto da metà 2011, consentirà di raggiungere tutti gli obiettivi perseguiti con il cambio di sistema. Oltre all'atteso risparmio delle assicurazioni sociali, si spera che il nuovo sistema possa promuovere la concorrenza nel settore degli apparecchi acustici e abbassi i prezzi. Se la promozione della concorrenza auspicata dall'UFAS non dovesse portare a diminuire il divario con i prezzi sensibilmente inferiori dei sistemi statali vigenti all'estero, il Sorvegliante dei prezzi ritiene che si dovrà pensare ad un nuovo sistema di appalti statali sul modello di quanto accade già in Norvegia.

[Stefan Meierhans, Stephanie Fankhauser]

Ulteriori informazioni:

Stefan Meierhans, Sorvegliante dei prezzi, tel. 031 322 21 02



2. KURZMELDUNGEN/ BREFS/ IN BREVE

Empfehlungen der Preisüberwachung zu den stationären Spitaltarifen 2011 und zum Tarmed-Taxpunktwert 2010 der öffentlich subventionierten Spitäler des Kantons Bern

Kürzlich hat die Preisüberwachung zwei formelle Tarifempfehlungen zu den stationären und ambulanten Spitaltarifen an die Berner Kantonsregierung abgegeben. Die im Bereich der obligatorischen Krankenpflegeversicherung vorgeschriebenen Tarifverhandlungen zwischen Spitälern und Santésuisse waren zuvor gescheitert. Die Verhandlungsparteien konnten sich einerseits nicht über die Höhe der Baserate 2011 (Fallpauschale) zur Entschädigung der stationären Leistungen der öffentlichen Berner Spitäler (exkl. Inselspital) einigen. Aus Sicht der Preisüberwachung war der Tarifantrag der Spitäler klar zu hoch. Es wurde deshalb ein Benchmarking mit der Baserate aller öffentlichen Tessiner Spitäler durchgeführt, der zurzeit günstigsten mit einer Baserate abrechnenden Spitalgruppe. Zuzüglich einer Toleranzmarge erreicht der für die Berner Spitäler empfohlene Basispreis dasselbe Tarifniveau wie die öffentlichen Spitäler mehrerer anderer Kantone, darunter Nidwalden, Wallis und Waadtland. Auch bezüglich Tarmed-Taxpunktwert 2010 für die ambulanten Arztleistungen in allen öffentlichen Berner Spitälern musste der Preisüberwacher einen substantiell tieferen Taxpunktwert empfehlen, als von den Spitälern beantragt. Es obliegt jetzt der Kantonsregierung, sich mit den Empfehlungen der Preisüberwachung auseinanderzusetzen und falls sie diese nicht befolgt, eine allfällige Abweichung zu begründen.

[Maira Fierri]

Empfehlung der Preisüberwachung zum stationären Spitaltarif ab 1. Juli 2009 der Schulthess Klinik in Zürich zu Lasten der Eidg. Sozialversicherer (UV/IV/MV)

Wie das Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) sehen auch die Bundesgesetze über die Unfallversicherung (UVG), die Invalidenversicherung (IVG) und die Militärversicherung (MVG) das Verhandlungsprimat vor. In den letzten Jahren konnten sich die Tarifpartner im UV/IV/MV-Bereich immer auf einen Vertrag einigen. Im Fall der Zürcher Schulthessklinik konnten sie sich jedoch über den Spitaltarif gültig ab 1. Juli 2009 nicht einigen. Falls die Verhandlungen zwischen den Parteien scheitern, muss der Bundesrat den Tarif festsetzen. Nach Artikel 14 des Preisüberwachungsgesetzes hat er zuvor die Preisüberwachung anzuhören. Die Preisüberwachung hat das Dossier analysiert und dem Bundesrat eine Tarifempfehlung abgegeben. Der Bundesrat wird sich jetzt mit dieser Empfehlung auseinandersetzen und falls er diese nicht befolgt, eine allfällige Abweichung begründen müssen.

[Maira Fierri]

Swissgrid: ElCom folgte der Empfehlung des Preisüberwachers teilweise

In ihrem Entscheid vom 14. April 2011 betreffend Systemdienstleistungskosten 2009 genehmigte die Elektrizitätskommission ElCom die von Swissgrid geltend gemachten Kosten nicht vollumfänglich.¹⁶ Insbesondere nahm sie eine Kürzung der anrechenbaren Kosten für die Unternehmensentwicklung und die Unternehmenskommunikation vor.

Der Preisüberwacher begrüsst die kritische Haltung der ElCom, hatte aber in seiner Empfehlung gestützt auf Art. 15 Preisüberwachungsgesetz eine weitergehende Kürzung der anrechenbaren Kosten verlangt. Insbesondere stellte er die Anrechenbarkeit von Kosten eines extern vergebenen Strategieberatungsmandats in Frage. Einerseits konnte anhand der Unterlagen nicht festgestellt werden, inwiefern das Projekt im Zusammenhang mit der vorliegend zu beurteilenden Aufgabe (SDL-Betrieb) steht. Andererseits fehlt aus Sicht des Preisüberwachers der Nachweis, dass der nur global umschriebene

¹⁶ Der Entscheid ist auf der Website der ElCom veröffentlicht:
<http://www.elcom.admin.ch/dokumentation/00013/00064/00108/index.html?lang=de>



Auftrag Gegenstand einer öffentlichen Ausschreibung war und die Offerte mit dem besten Preis- / Leistungsverhältnis berücksichtigt wurde.

[Simon Pfister]

Kabelkanalisationen Swisscom: Entscheid Bundesverwaltungsgericht vom 8. April 2011

Mit Entscheid vom 8. April 2011 wies das Bundesverwaltungsgericht (BVGer) eine Beschwerde der Sunrise ab, die den Preis für die Mitbenutzung der Kabelkanalisationen der Swisscom zum Gegenstand hatte. Die Preisbeurteilung durch die Vorinstanz (ComCom) erfolgt gemäss BVGer konform der geltenden Bestimmungen in der Fernmeldeverordnung (FDV). Der Preisüberwacher hatte in seiner Empfehlung an die ComCom und in seinem Fachbericht an das BVGer geltend gemacht, dass die Preisbeurteilungsmethode im Falle der Kabelkanalisationen die tatsächlichen Kosten der Swisscom überschätzt und ihr gegenüber den alternativen Anbietern einen kaum überwindbaren Wettbewerbsvorteil verschafft.

Art. 54 FDV sieht vor, dass der Wert der Kabelkanalisationen anhand der heutigen Bau- und Materialkosten geschätzt wird. Das der Preissetzung zu Grunde liegende Kalkulationsmodell berücksichtigt des Weiteren nicht, dass Swisscom Teile ihrer Kabelkanalisationen längst vollumfänglich amortisiert hat. Alternative Anbieter wie Sunrise bezahlen der Swisscom für die Mitbenutzung der Kabelkanalisationen somit einen Preis, der deutlich über den tatsächlichen Kosten der Swisscom liegt. Aus Sicht des Bundesverwaltungsgerichts bestehen zwar kaum Zweifel, dass Swisscom die betreffenden Anlagen zu weitaus tieferen Baukosten hat errichten können. Es hält aber fest, dass der Verordnungsgeber (Bundesrat) mit Art. 54 FDV bewusst den Infrastrukturwettbewerb und weniger den Dienstleistungswettbewerb betonte. Der Ball liegt nun beim Bundesrat. Dieser stellte im Bericht Evaluation zum Fernmeldemarkt im Herbst 2010 die aktuelle Preisberechnungsmethode ebenfalls in Frage.¹⁷

[Simon Pfister]

Reduzierte Preiserhöhung der Dauerparkkarte für Mitarbeitende der Flughafen Zürich AG

Der Preisüberwacher erhielt im März 2011 zahlreiche Meldungen von Mitarbeitenden der Flughafen Zürich AG, welche sich über die vorgesehene Preiserhöhung der Dauerparkkarten per 1. Januar 2012 von Fr. 90.- auf Fr. 120.- pro Monat (für gedeckte Parkplätze) beklagten.

Auf Intervention des Preisüberwachers hin teilte die Flughafen Zürich AG mit, dass sie in Verhandlungen mit den Flughafenpartnern die vorgesehene Preiserhöhung der Dauerparkkarte von ursprünglich 33 Prozent auf 22 Prozent reduziert habe. Die Preise für die gedeckten Parkplätze im Flughafenkopf würden per 1. Januar 2012 lediglich auf Fr. 110.- pro Monat erhöht. Die Flughafen Zürich AG beabsichtigt, diesen Preis während den nächsten zwei Jahren nicht weiter zu erhöhen.

[Manuela Leuenberger]

Teuerungsanpassung bei Dienstleistungen des Polizeiinspektorats Bern

Dem Preisüberwacher wurde eine Teuerungsanpassung verschiedener Gebührentarife des Polizeiinspektorats Bern zur Stellungnahme unterbreitet. Diese Gebühren sind in Anhang III Ziffer 4 des Reglements vom 21. Mai 2000 über die Gebührenerhebung durch die Stadtverwaltung Bern (SSSB 154.11) geregelt.

¹⁷ Evaluation des Fernmeldemarkts: Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats KVF-S vom 13. Januar 2009 (09.3002) vom 17.9.2010, S. 85.



Der Preisüberwacher schlug insbesondere vor, als Ausgangswert zur Berechnung der Teuerung das Jahr 2000 und nicht das Jahr 1999 zu nehmen, da das Gebührenreglement am 1. Juli 2000 in Kraft trat. Dadurch ergibt sich eine Teuerung von 9,77 Prozent anstatt von 11,44 Prozent. Bezüglich der Gebühren für das Taxigewerbe, für Bewilligungen von Aussenbestuhlungen auf öffentlichem Boden sowie für Parkkarten für Wochenaufenthalter empfahl der Preisüberwacher auf eine Teuerungsanpassung zu verzichten, da diese Kategorien bereits ein vergleichsweise hohes Gebührenniveau aufweisen.

Der Gemeinderat ist mit seinem Beschluss vom 18. Mai 2011 im Hauptpunkt der Teuerungsberechnung dem Preisüberwacher gefolgt und hat die Gebühren nur reduziert erhöht. Er hat diese Teuerungsanpassung jedoch entgegen der Empfehlung des Preisüberwachers bei sämtlichen betroffenen Dienstleistungen vorgenommen. Die Änderungen treten am 1. Juli 2011 in Kraft.

[Manuela Leuenberger]

3. VERANSTALTUNGEN/HINWEISE

-

Für zusätzliche Auskünfte zum Newsletter können Sie sich an den Informationsbeauftragten der Preisüberwachung, Rudolf Lanz, Tel. 031 322 21 05 bzw. rudolf.lanz@pue.admin.ch wenden.

Pour des renseignements complémentaires vous pouvez vous adresser à Marcel Chavailleaz, Responsable des relations avec la Suisse romande, tél. 031 322 21 04 resp. marcel.chavailleaz@pue.admin.ch.